

Scholz's Rücktritt: Mega-Übergangsgeld schockt die Bürger!

Olaf Scholz tritt als Kanzler zurück und erhält Übergangsgeld. Einblick in Ministervergütung und aktuelle politische Entwicklungen.



Deutschland - Am 6. Mai 2025 trat Olaf Scholz als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zurück. Laut **Unser Mitteleuropa** erhält Scholz für die Dauer von 24 Monaten Übergangsgeld. In den ersten drei Monaten stehen ihm 22.000 Euro monatlich zu, was seinem vollen Amtsgehalt entspricht. Danach wird diese Summe auf die Hälfte reduziert, sodass er insgesamt bis zu 297.000 Euro erhalten kann.

Scholz bezieht zusätzlich monatlich 9.200 Euro aus seinen Bundesregierungsämtern. Im Vergleich dazu müsste ein Durchschnittsverdiener, um diesen Betrag zu erreichen, stolze 234 Jahre arbeiten. Auch andere Minister erhalten Übergangsgeld: Arbeitsminister Hubertus Heil und

Entwicklungsministerin Svenja Schulze können sich auf jeweils rund 6.700 Euro monatlich einstellen, was Normalverdiener 170 Jahre harter Arbeit kosten würde.

Regelungen für Minister und ihre Pensionsansprüche

Die Regelungen für das Übergangsgeld sind klar definiert: So können Minister, die nach mehr als zwei Jahren Amtszeit ausscheiden, eine maximale Summe von etwa 243.000 Euro beziehen. Aufgrund einer Sonderregelung im Falle einer vorzeitigen Bundestagsauflösung, werden ihre Pensionsansprüche so behandelt, als hätten sie die volle vierjährige Amtszeit abgeleistet, auch wenn sie tatsächlich nur zwei Jahre im Amt waren.

Diese gesetzlichen Unterschiede wurden besonders deutlich mit dem Zerfall der Ampel-Regierung am 6. November 2024. Laut **n-tv** verlieren drei der vier FDP-Minister, darunter Christian Lindner, ihren Anspruch auf die „Minister-Rente“, da sie nicht die erforderliche Zeit im Amt waren. Die Ansprüche an das Übergangsgeld starten ab dem ersten Tag im Amt und betragen für Minister mindestens die Höhe der vorherigen Bezüge, was in etwa 18.000 Euro pro Monat entspricht.

Kritik am Übergangsgeld

Die Höhe des Übergangsgeldes steht immer wieder in der Kritik, vor allem von Seiten des **Bundes der Steuerzahler**, der eine Reform des Ministergehaltssystems fordert. Der Verband bemängelt, dass das Übergangsgeld zu hoch sei und schlägt vor, die Zahlungen auf maximal ein Jahr zu verkürzen. Auch wird gefordert, dass zurückgetretene Minister kein Übergangsgeld mehr erhalten sollten.

Diese Diskussionen erhalten Unterstützung von Oppositionsparteien wie der Linken und der AfD, die die

Zahlungen als unangemessen empfinden. Es wird weiterhin erwartet, dass ehemalige Minister sich entweder einer neuen beruflichen Herausforderung stellen oder ihre Tätigkeiten im Bundestag fortsetzen, wie zum Beispiel Scholz und andere, die als Abgeordnete verbleiben.

Die Situation rund um Übergangsgeld und Pensionsansprüche zieht somit nicht nur rechtliche, sondern auch gesellschaftliche Debatten nach sich, die in den kommenden Monaten von Bedeutung sein werden.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	• www.unser-mittleuropa.com • www.n-tv.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de